

Redebeitrag zum Bürgerantrag „Geschäftspolitik Sparkasse Leverkusen“

Selbstverständlich werden Sie meinem Bürgerantrag nicht zustimmen und ich sage Ihnen auch warum:

Für Lokalpolitiker ist es nämlich nicht unüblich, gleichzeitig z. B. auch

- Vorsitzender eines Bürgervereins e.V. ,
- Vorsitzender eines palliativmedizinischen Fördervereins e.V.
- Schatzmeister eines Kunstvereins e.V.
- Vorsitzender einer Werbegemeinschaft e.V.
- Stellvertretender Vorsitzender eines Pro-Kinder e.V.
- oder Vorsitzender eines Sportvereins e.V.

zu sein.

Da stehen ja potenzielle Wählerstimmen hinter.

Nun können Vereine Spendengelder in der Regel gut gebrauchen und je mehr man da für seinen eigenen Verein tun kann, umso besser. Das hilft für den nächsten Wahlkampf.

Aber öffentliche Transparenz bei diesen mittelbaren Wahlkampfhilfen ist da sicherlich nicht gefragt. Solange der Vorstandsvorsitzende einer Sparkasse hier als Sachwalter der Spendenvergaben auf hinreichenden politischen Proporz achtet, ist dies ein beliebtes Spiel, bei dem der Vorstandsvorsitzende ein gefragter Mann ist.

Wenn er sich aber selbst zum Herrn des Geschehens kürt, dann muss er weg, koste was es wolle.

Als Begründung müssen dann unterschiedliche Sichtweisen zur strategischen Ausrichtung herhalten.

Und was ist jetzt eine neue strategische Ausrichtung? Weitermachen wie bisher, nur eben ohne „Big Manni“?

Oder mehr Transparenz bei den Spendenvergaben und eine Rückbesinnung auf den Wortlaut des Sparkassengesetzes NRW?

Dieses sieht in § 2 (2) ein gemeinnütziges Engagement der Sparkasse eigentlich nur in geldpolitischen Angelegenheiten vor und sonstige gemeinwohlorientierte Aufgaben sind gemäß § 25 (3) aus der Ausschüttung an den Träger zu bestreiten.

§ 2 (2) zum öffentlichen Auftrag:

„Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.“

§ 25 (3) zur Ausschüttung:

„Der Ausschüttungsbetrag ist zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt zu beschränken.“